Daniel Rittenauer

DER BAYERISCHE NS-MINISTER-PRÄSIDENT LUDWIG SIEBERT UND DIE STADT LINDAU

Machtwillkür, Amtsmissbrauch und Korruption waren geläufige Erscheinungen im so genannten Dritten Reich, in dem bestehende Kontrollinstanzen weitgehend außer Kraft gesetzt waren¹. Formen solchen Amtsmissbrauchs fanden sich dabei auf allen Ebenen des NS-Staats in verschiedenen Ausprägungen, etwa in Person des leidenschaftlichen Kunstsammlers Hermann Göring², Gauleitern wie Erich Koch in Ostpreußen³ oder dem berüchtigten Münchener Stadtrat Christian Weber⁴.

Das langjährige Lindauer Stadtoberhaupt Ludwig Siebert (1874–1942), der 1933 zum Bayerischen Ministerpräsidenten ernannt wurde, galt hingegen in der Bevölkerung anfänglich als lobenswerte Ausnahme unter anderen Potentaten.⁵ Dass auch Siebert im Laufe der NS-Zeit Skrupel verlor, blieb Außenstehenden eher verborgen: Bei einer Anfrage des Lieblingsarchitekten Hitlers, Albert Speer, im Jahr 1941, der um die Überlassung einer Glasscheibe mit seinem Familienwappen aus dem Bayerischen Nationalmuseum bat, war sich Siebert zwar der Rechtslage durchaus bewusst. Angesichts der Prominenz Speers wollte er diesem dennoch entgegenkommen und befürwortete Speers Gesuch dahingehend, daß Bürgermeister und Oberbürgermeister von Städten aus ihren Sammlungen an diesen und jenen verdienten Mann des öffentlichen Lebens Stücke übereignen. Ich selbst habe eine ganze Reihe von Museumsgegenständen erhalten, die meisten allerdings mit Dank wieder zurückgegeben. Für mich wäre nun der Gedanke unerträglich, daß ich als Chef der Landesregierung und Finanzminister nicht in gleicher Weise über eine immerhin nicht bedeutungsvolle Sache in einem staatlichen Museum sollte verfügen können⁶.

Siebert als korrupt zu bezeichnen, würde jedoch zu weit führen. Wohl aber nutzte er die von ihm bekleideten staatlichen Ämter dazu, einzelnen Objekten unverhältnismäßig große Förderung und Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Besonderer Nutznießer war dabei Lindau, seine frühere Wirkungsstätte.⁷

STADTOBERHAUPT VON LINDAU 1919-1933

Lindau, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch weitgehend auf seine Stamminsel beschränkt war, hatte 1910 über 6000 Einwohner, überwiegend katholischer Konfession. Neben wenig vorhandener Industrie hatte seit Mitte des 19. Jahrhunderts der Fremdenverkehr zunehmend an Bedeutung gewonnen.⁸

Am 15. November 1919 wurde Ludwig Siebert in das Amt des Ersten Bürgermeisters von Lindau eingeführt. Er folgte damit Heinrich Schützinger nach, der aus Altersund Gesundheitsgründen zurückgetreten war und bereits ein Jahr später im Alter von 63 Jahren verstarb. Bislang Erster Bürgermeister in Rothenburg ob der Tauber¹⁰, kehrte Siebert nach zwölf Jahren nach Lindau zurück, wo der studierte Jurist 1906 als rechtskundiger Magistratsrat seine kommunalpolitische Karriere begonnen hatte. War Siebert in Lindau schon bei seiner Wahl zum Ersten Bürgermeister 1919 kein Unbekannter, so genoss er auch im Verlauf der Weimarer Republik weitgehend das Vertrauen des überwiegend bürgerlich geprägten Stadtrats¹¹, was am deutlichsten durch die Verleihung seiner Unwiderrufbarkeit als Oberbürgermeister 1929 zum Ausdruck kommt. ¹²

Wie in Rothenburg zeichnete sich Siebert auch in Lindau durch emsige Tätigkeit aus. Eine umfassende Darstellung von Ludwig Sieberts Amtszeit als Bürgermeister in Lindau kann an dieser Stelle nicht geleistet werden. Dies bedürfte einer eigenständigen Untersuchung. Lindau scheint unter Siebert zwar nicht ohne Einschnitte, aber doch weitgehend stabil durch die Krisen der 1920er Jahre gekommen zu sein Lugleich konnten verschiedene ehrgeizige Projekte umgesetzt werden, so 1922 der Zusammenschluss Lindaus mit den Gemeinden Aeschach, Reutin und Hoyren, wodurch die Einwohnerzahl der Stadt auf 14000 anwuchs, die Errichtung der Landtorbrücke 1927 oder der Bau des Strandbads Eichwald 1929.

LUDWIG SIEBERTS ANFÄNGE IN DER NSDAP

Obwohl er in den Jahren nach der nationalsozialistischen Machtübernahme gerne auf seinen Status als Altparteigenosse (»alter Kämpfer«) hinwies – im Gegensatz zu den zahlreichen Personen, die erst nach 1933 in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) eintraten – war Ludwig Siebert kein Nationalsozialist der ersten Stunde.

Mit der 1922 gegründeten, bedeutungslosen und zerstrittenen Lindauer Ortsgruppe der NSDAP¹⁶ stand Ludwig Siebert in keiner bekannten Verbindung. Sieberts erster überlieferter Kontakt mit der NSDAP erfolgte am 21. November 1922 bei ihrer ersten Veranstaltung in Lindau, die völlig scheiterte und von sozialdemokratischen Akteuren problemlos gesprengt wurde, was nach Ansicht Sieberts von völliger Unprofessionalität der NSDAP herrührte.¹⁷ Die Bemerkung des Lindauer Stadtoberhaupts über eine am 21. Juli 1924 in Lindau abgehaltene Versammlung der NSDAP, in der Hermann Esser in

seiner bekannten Weise das »vertrottelte« Bürgertum anrempelte, lässt vermuten, dass er die Partei und ihre Vertreter weder als seriös betrachtete noch ernst nahm; auch drei Jahre später, als Esser abermals in Lindau war und einen schlecht besuchten und völlig bedeutungslosen Vortragsabend hielt, dürfte sich kaum Wesentliches an Sieberts Haltung geändert haben. Spätere Aussagen Ludwig Sieberts, nach denen er bereits 1924 der NS-Bewegung nahegestanden habe, erscheinen nur bedingt glaubwürdig. Quellenmäßig lässt sich eine deutliche Annäherung Ludwig Sieberts an die NSDAP erst Anfang der 1930er Jahre fassen: Über eine Veranstaltung Gregor Strassers in Lindau berichtete er in seinem Bericht an die Regierung in Augsburg nun in freundlichen Worten; einen Fackelzug der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) am Vorabend der Reichstagswahlen am 14. September 1930 ließ Siebert verbieten, nachdem die NSDAP vor Störungen bei einem Zusammenstoß mit der paramilitärischen Sturmabteilung (SA) gewarnt hatte. Um den Jahreswechsel 1930/31 trat Siebert der Partei bei, die kurz zuvor bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 mit einem Schlag zur zweitstärksten politischen Kraft im Reich aufgestiegen war.

Der Eintritt in die NSDAP führte zu einem spürbar raueren Ton des Lindauer Oberbürgermeisters gegen seine politischen Gegner von links.²³ Ebenso ging die Einrichtung eines Lagers des freiwilligen Arbeitsdienstes im November 1932 aus der nationalsozialistischen Ideologie hervor.²⁴·

Andererseits betätigte sich Siebert nun in ganz Bayern als Redner. Über Lindau hinaus erwies sich Siebert jedoch als wenig bedeutend. In der Bodenseestadt wirkte der seriöse Bürokrat für die NSDAP aber durchaus als Zugpferd, wie bei den bayerischen Landtagswahlen am 24. April 1932 ersichtlich wird: Damals wurde die NSDAP in Lindau mit Abstand stärkste Kraft, Siebert zog selbst mit einem hervorragenden Ergebnis in den Landtag ein. War die NSDAP in Lindau bei den Landtagswahlen 1928 noch mit 1373 Stimmen (4,9 %) weit abgeschlagen hinter den großen Parteien²5, so erreichte sie nun 13767 Stimmen (40 %) und lag damit weit vor Memmingen, wo die NSDAP mit 10953 Stimmen (33,6 %) ihr zweitbestes Ergebnis in Schwaben einfuhr,²6 sowie über dem allgemeinen Durchschnitt in Bayern von 32,5 % und Schwaben von 30,7 %.²7 An Bewerberstimmen kam Siebert innerhalb der NSDAP mit 36745 Stimmen auf den vierten Platz nach dem Þrankenführer Julius Streicher, dem Ersten Bürgermeister Coburgs Franz Schwede und dem Fraktionsführer der NSDAP im Bayerischen Landtag Rudolf Buttmann. Er befand sich deutlich vor dem Gauleiter von Schwaben Karl Wahl mit 31434 Stimmen. In der Parteihierarchie blieb Siebert aber Zeit seines Lebens unbedeutend.

BAYERISCHER MINISTERPRÄSIDENT UND VIELFACHER MINISTER

Am 10. März 1933 wurde Siebert im Zuge der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern zunächst kommissarischer Finanzminister, am 12. April 1933 Bayerischer Ministerpräsident; an weiteren Ämtern kamen später unter anderem das des Bayerischen Wirtschaftsministers, des Chefs der Landesforstverwaltung und des Präsidenten der Deutschen Akademie hinzu. Obwohl Ludwig Siebert zwar nicht zu den radikalsten Nationalsozialisten zu rechnen ist, so war er 1933 doch auf seine Weise aktiv beteiligt an der Beseitigung des bestehenden parlamentarischen und rechtsstaatlichen Systems in Bayern sowie an Aufbau und Mitarbeit am gleichgeschalteten NS-Führerstaat. Büßten Sieberts Ämter im Laufe der Zeit teilweise auch stark an Bedeutung ein, so zählt er dennoch lange Zeit zu einem einflussreichen Machtfaktor in NS-Bayern.

In Lindau wurde Ludwig Siebert auf jeden Fall als solcher wahrgenommen: Augenfällig wurde dies beim 1937 beabsichtigten Verkauf der städtischen Römerschanze durch Ludwig Sieberts Sohn, der seinem Vater 1933 in das Amt des Lindauer Bürgermeis-

ters nachgefolgt war. Um den von der Mehrheit der Bevölkerung angeblich abgelehnten Verkauf zu verhindern, wandte sich der in Lindau als leitender Arzt einer Privatklinik für Nervenkranke praktizierende Ernst Speer²⁸ an seinen Vetter Albert Speer.29 Angesichts der Verbindungen des Lindauer Stadtoberhaupts zum Bayerischen Ministerpräsidenten erachtete man nämlich Proteste und Einsprüche gegen das Vorhaben bei bayerischen Behörden von vornherein als zwecklos. Letztendlich stellte sich allerdings heraus, dass die von Friedrich Siebert geplante Bebauung der Römerschanze aufgrund von Vorgaben des Vierjahresplanes sowieso nicht hätte durchgeführt werden können.30



Abb. 1: Ministerpräsident Ludwig Siebert in SA-Uniform (Bayerische Staatsbibliothek, Bildarchiv, Fotoarchiv Hoffmann, 4 hoff-67327)

FÖRDERUNG LINDAUS IN DER NS-ZEIT

Konkret war es Ludwig Siebert möglich, die Stadt Lindau einerseits immer wieder direkt mit finanziellen Zuschüssen zu fördern, vor allem aus solchen Fonds, die ihm als Ministerpräsident zur Verfügung standen. Andererseits konnte er seine vielfältigen Kontakte und Optionen, die er als Ministerpräsident hatte, zum Nutzen für die Stadt Lindau einsetzen. Sein Einfluss reichte letztlich bis zur höchsten Ebene, denn die Annahme, dass eine Äußerung Hitlers 1942 über die verheerenden Auswirkungen, die der Wegfall der Kreisfreiheit für Lindau als kulturelles Zentrum haben würde, auf Ludwig Siebert zurückzuführen ist, dürfte nicht zu weit hergeholt sein. Tkraft seines Amtes als Ministerpräsident erhielten gewisse Anliegen ein anderes Gewicht, beispielsweise die seit 1927 vom Lindauer Oberbürgermeister vergeblich geforderte aber nicht vordringlich erachtete Errichtung eines neuen Selbstanschlußamtes für den Fremdenverkehrsort Lindau; bereits wenige Monate nach der nationalsozialistischen Machtübernahme erfolgte die Zusage vom Reichspostministerium, sicherlich nicht zuletzt aufgrund der persönlichen Anregung Ludwig Sieberts. 33

Dringend nötig hatte Lindau zusätzliche Förderung eigentlich nicht, rangierte die Steuerkraft von Landkreis und Stadt Lindau im gesamtbayerischen wie im schwäbischen Vergleich in Statistiken der 1930er Jahre doch zumeist im oberen Viertel. Auch Ludwig Sieberts Begründungen, mit denen er besondere Maßnahmen zugunsten Lindaus rechtfertigte, überzeugen kaum. So charakterisierte er schon 1934 die Situation in Lindau aufgrund des angespannten Verhältnisses mit Österreich als »Notstandslage«35. Daran änderte sich auch vier Jahre später – nach der erfolgten Okkupation Österreichs durch NS-Deutschland – nichts. Nach wie vor sah er Lindau gleichsam als förderungswürdigen Leidtragenden an, der sein Zollhauptamt verlor und negative Auswirkungen für den Fremdenverkehr zu befürchten hatte. Zusätzliche Mittel aus dem außerordentlichen bayerischen Wohnungsbauprogramm begründete Ludwig Siebert damit, dass die Stadt Lindau aufgrund ihres Reichtums bei anderen Subventionen, wie der Stiftung des Gauleiters von Schwaben, Karl Wahl, nicht berücksichtigt worden sei. Generatie von Schwaben, Karl Wahl, nicht berücksichtigt worden sei.

Profiteur der Förderung Ludwig Sieberts war nicht nur die Stadt Lindau selbst, sondern zugleich auch Sieberts als Bürgermeister amtierender Sohn Friedrich, dessen Position dadurch und durch Erfolge, die schon bald nach seinem Amtsantritt in Lindau erreicht werden konnten, gefestigt wurde. Der studierte Jurist Friedrich Siebert (1903–1966) hielt während seiner sechsjährigen Amtszeit als Erster Bürgermeister den engen Kontakt zu seinem Vater aufrecht.³⁷ Der Nationalsozialismus war eben eine Personenverbandswirtschaft.

Da er sich aufgrund der zunehmenden Verlagerung von Kompetenzen auf den Landrat infolge der Deutschen Gemeindeordnung von 1935 in seinem Wirken als Bürgermeister mehr und mehr eingeschränkt sah, bewarb sich Friedrich Siebert 1939 erfolgreich für das Amt des kommissarischen Landrats in Bad Kissingen³⁸, von wo er

allerdings bereits kurz nach Kriegsbeginn in die Verwaltung des Generalgouvernements nach Krakau beordert wurde. Der dort betriebene Genozid an den Juden war Friedrich Siebert nicht nur bekannt, als Leiter der Abteilung Innere Verwaltung war er mit involviert.39 Sein Vater bestellte ihn 1940 - nach 10 Monaten - ins Bayerische Finanzministerium, ehe Friedrich Siebert München 1942/43 verließ, um abermals im Generalgouvernement eingesetzt zu werden. Nach dem Tod Ludwig Sieberts wurde Friedrich Siebert 1943, offenbar auf Anordnung Hitlers, wiederum nach München berufen, wo er anstelle des Nachfolgers seines Vaters, Paul Giesler, de facto das Bayerische Finanzministerium leitete



Abb. 2: Fritz Siebert war in der NS-Zeit als Oberbürgermeister in Lindau, im Generalgouvernement in Krakau sowie im Bayerischen Finanzministerium in leitender Position tätig (BayHStA, MInn 96353)

INFRASTRUKTUR- UND WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Seinen neu gewonnenen Einfluss machte Ludwig Siebert für Lindau besonders in den ersten Jahren nach der nationalsozialistischen Machtergreifung in Bayern auf verschiedenen Feldern geltend. Beinahe fließend erscheint der Übergang von Ludwig Sieberts Tätigkeit für die Stadt Lindau als deren Oberbürgermeister und als Bayerischer Ministerpräsident. Vorhaben, die Ludwig Siebert noch als Oberbürgermeister in Lindau angestoßen hatte, konnten nun in engem Zusammenwirken mit seinem Sohn beschleunigt bzw. überhaupt realisiert werden, so im Fall der Ansiedlung einer Filiale der Dornier-Fliegerwerke im Herbst 1933 auf dem Gelände einer stillgelegten Milchfabrik der Deutschen AG für Nestlé-Erzeugnisse in Rickenbach. Die Maßnahme sollte, wie Ludwig Siebert in den Verhandlungen mit Claude Dornier explizit festhielt, hauptsächlich der Stadt Lindau zugutekommen, aus der bereits bis Ende des Jahres 100 Arbeiter Beschäftigung finden und deren Geschäftsleute möglichst auch die Ausstattung der Fabrik übernehmen sollten. Dabei war es Friedrich Siebert, der eine ältere Idee seines Vaters aufgriff, Während Ludwig Siebert für die Bereitstellung von Mitteln aus der bayerischen Staatskasse in Form eines Darlehens von 60000 RM – Zinssatz 4% auf fünf Jahre – und

eines Zuschusses von 40000 RM sorgte, was für Dornier ausschlaggebend für den Standort Rickenbach gewesen sein soll. 43

Der direkte Draht zwischen Vater und Sohn, von dem die Stadt Lindau profitierte, ist auch im Bereich des Wohnungsbaus ersichtlich, speziell beim bayerischen außerordentlichen Wohnungsbauprogramm vom November 1934. ⁴⁴ Hier stand Bürgermeister Siebert mit dem väterlichen Initiator des 40 Millionen RM starken Programms in direktem Austausch, ⁴⁵ was dazu geführt haben dürfte, dass Lindau unter den bayerischen Städten bei der Vergabe von Mitteln daraus einen der ersten Plätze einnahm und bereits Anfang Januar 1935 eine Zusage in Höhe von 35000 RM für Kleinwohnungen erhielt. ⁴⁶ Ebenfalls fand der Wunsch Lindaus, den gewährten Zuschuss wegen der großen Wohnungsnot auf 50000 RM aufzustocken, durch Ministerpräsident Siebert gegenüber den zuständigen Stellen in der bayerischen Verwaltung – auch gegen Widerstände bei der Regierung von Schwaben ⁴⁷ – nachdrückliche und erfolgreiche Unterstützung ⁴⁸.

Von kleinerem Ausmaß war 1934 die Vollendung des neuen Sportplatzes bei der Giovanolimühle⁴⁹, was allerdings aussagekräftig für Ludwig Sieberts Intention ist, von ihm als Oberbürgermeister angestoßene Vorhaben zum Abschluss zu bringen.⁵⁰ Seit Anfang der 1930er Jahre nahm das Projekt zwar allmählich Gestalt an, litt allerdings bis zu seiner Fertigstellung an Geldmangel. Flossen zu Zeiten der Weimarer Republik keine wesentlichen Zuschüsse⁵¹, konnte Ludwig Siebert, als es im Sommer 1933 aber-



Abb. 3: Das 1934 errichtete »südlichste NS-Hoheitszeichen« wurde wesentlich durch den Bayerischen Ministerpräsidenten finanziert (Stadtarchiv Lindau, BII/83/16)

mals zu finanziellen Engpässen kam, Mittel aus seinem Dispositionsfonds in Höhe von 2500 RM zur Verfügung stellen, um ein Stocken der Arbeiten zu verhindern. Weitere 2000 RM stellte Ludwig Siebert Lindau für die Errichtung von Deutschlands südlichstem NS-Hoheitszeichen im Stadion zur Verfügung, das besonders Sportler der Nachbarländer beeindrucken sollte. 53

Verbunden zeigte sich Ludwig Siebert der Stadt Lindau, der immer noch ein gut Teil [s]eines Herzens, Denkens und Sinnens gehört[e],⁵⁴ auch bei seinem – allerdings vergeblichen – Versuch, die großen und alten städtischen Lagerhäuser in Lindau, die schon lange Verluste machten und 1935 ihren Betrieb ganz einstellen mussten,⁵⁵ von München aus einem anderen Verwen-

dungszweck zuzuführen. ⁵⁶ Auch Sieberts Versuch, ein während der Weimarer Republik in der Schweiz aufgenommenes Darlehen in Höhe von 2 Millionen Franken durch ein Darlehen bei der Volksfürsorge AG mit günstigeren Konditionen abzulösen, ⁵⁷ war nicht von Erfolg gekrönt. ⁵⁸

Ebenfalls großes Engagement zeigte Ministerpräsident Siebert bei der Förderung der Lindauer Milchwirtschaft, wo er die eGmbH Milchversorgung Lindau bei der Eintreibung finanzieller Mittel für den Neubau einer Molkereianlage unterstützte, indem er sich gemeinsam mit dem Lindenberger Professor für Milchwirtschaft Anton Fehr⁵⁹ wiederholt für das Lindauer Gesuch um Förderung einsetzte, etwa beim Stellvertreter des Reichskommissars für Milchwirtschaft oder dem Ersten Vorsitzenden der Deutschen milchwirtschaftlichen Hausvereinigung. ⁶⁰ Zwar nicht unmittelbar ⁶¹, aber doch nach einiger Zeit, konnte so 1935 beim Reichs- und Preußischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft ein Zuschuss von 30000 RM für die Milchversorgung Lindau eGmbH an Land gezogen werden, um den Fehlbetrag für die neue Molkereianlage zu decken. ⁶²

Auch mit kleineren Maßnahmen ließ Ludwig Siebert der Stadt Lindau sowie einzelnen Bürgern⁶³ immer wieder Unterstützung unterschiedlicher Art zukommen: 1934 regte er die Bemalung der Häuser der neuen Siedlung auf der Köchlin-Wiese an, die er auch entsprechend finanziell förderte.⁶⁴ Zur Beseitigung von Schäden, die ein Hochwasser im Sommer 1938 in der Stadt Lindau angerichtet hatte, steuerte er 2000 RM aus seinem Fonds als Ministerpräsident bei.⁶⁵ Zum Erwerb der Madonna von Hans Multscher für das Lindauer Heimatmuseum 1939,⁶⁶ für den sich Ludwig Siebert nachdrücklich einsetzte, steuerte er einen Zuschuss in Höhe von 2000 RM bei, auch wenn entsprechende Mittel im Staatshaushalt eigentlich nicht zur Verfügung standen.⁶⁷

LINDAU ALS MILITÄRSTANDORT

Weiter suchte Ludwig Siebert zusätzlich Einrichtungen von Militär bzw. Paramilitär für den Standort Lindau zu gewinnen: Im September 1934 führte eine Anfrage Sieberts bei seinem Bundesbruder im Polytechnischen Verein Apollo, Heinrich Himmler, zur Verlegung der 29. SS-Standarte nach Lindau;⁶⁸ 1936 und 1938 bemühte sich der Bayerische Ministerpräsident bei hohen Generälen um die Vergrößerung der Lindauer Garnison.⁶⁹ Da diese bereits voll ausgestattet war, konnte er hierbei jedoch keinen Erfolg erzielen; ebenso wenig kam eine Einrichtung von Luftwaffeneinheiten in Frage, die den Wegfall des Lindauer Hauptzollamtes kompensieren sollte.⁷⁰

VERKEHRSINERASTRUKTUR

Neben solchen Maßnahmen direkt vor Ort hatte Ludwig Siebert ein besonderes Augenmerk auf den verkehrsinfrastrukturellen Anschluss Lindaus, um die Entwicklung des für die Stadt so bedeutsamen Fremdenverkehrs weiter zu fördern. 71 So gelang es dem Bayerischen Ministerpräsidenten 1934, die Instandsetzung und den Ausbau der für den deutschen Binnentourismus wichtigen Verbindung von Immenstadt nach Lindau, besonders des Teilstücks Oberstaufen-Weiler zu erreichen, für die der Generalinspekteur des deutschen Straßenwesens, Fritz Todt, persönlich Mittel zur Verfügung stellte. 72 Keinen Erfolg hatte Ludwig Siebert hingegen 1933 mit der Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke München-Lindau: Entsprechende Pläne waren zwar bereits vor der nationalsozialistischen Machtübernahme im Gespräch gewesen. 73 Allerdings hielt Ludwig Siebert noch lange Zeit hartnäckig an diesem Vorhaben fest, selbst als ihm vom Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn deutlich zu verstehen gegeben worden war, dass die Elektrifizierung der Strecke nach Lindau unrentabel sei, 74 und beabsichtigte im Falle der Verwirklichung, umfangreiche Mittel hierfür bereitzustellen. 75

Ein weiteres Großprojekt mit mittelbarem Bezug zu Lindau, das Ludwig Siebert mit vorantrieb, war die Errichtung der Queralpenstraße von Lindau nach Berchtesgaden, deren Bau er noch 1933 als Landtagsabgeordneter von der Bayerischen Regierung forderte. 76 Zwar standen die Vertreter aller Parteien dem Vorhaben aufgeschlossen gegenüber – sei es kurzfristig als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme oder langfristig zur Förderung des Fremdenverkehrs –, sahen aber angesichts vordringlicherer Infrastrukturmaßnahmen und der desolaten Haushaltslage keine Möglichkeit, das Projekt in Bälde umzusetzen. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern hatte Ludwig Siebert dann Gelegenheit, den Plan der auch von Hitler gewünschten Queralpenstraße wieder aufzugreifen und war bereit, dafür erhebliche finanzielle Mittel aufzubringen.⁷⁷ Die aufwendigen Bauarbeiten konnten im November 1933 aufgenommen werden, ihre Fertigstellung zog sich allerdings hin; 1937 waren etwa 34 km Straßenstrecke fertig gestellt⁷⁸. 1941 erfolgte ihre Einstellung. Für die Stadt Lindau, die als westlicher Endpunkt der Queralpenstraße touristisch stark profitieren sollte, setzte sich Ludwig Siebert beim zuständigen Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen, Fritz Todt, ein, als nach der Okkupation Österreichs 1938 das Gerücht aufkam, dass nun Bregenz neuer Endpunkt werden solle, was aber keine Bestätigung fand.⁷⁹ Ähnlich verhielt es sich bei dem seit Anfang 1938 vorgesehenen Reichsposthof, der zwischen Bayerischem Hof und Sparkasse errichtet werden und den Fremdenverkehrsstandort Lindau weiter stärken sollte. Diese Idee ging, in enger Abstimmung mit Bürgermeister Siebert, auch auf Anregungen Ministerpräsident Sieberts beim Reichspostminister zurück.80 1940 bekannt gewordene Absichten des benachbarten Reichsgaus Vorarlberg-Tirol, den Reichsposthof stattdessen für Vorarlberg zu gewinnen, begegnete Ludwig Siebert mit einer persönlichen Intervention beim Reichspostminister, der den Bayerischen Ministerpräsidenten mit der Zusage beruhigte, fürderhin am Standort Lindau festzuhalten.⁸¹

ABNAHME DER FÖRDERMASSNAHMEN IM LAUFE DER ZEIT

Erst in den späteren Jahren seiner Ministerpräsidentschaft wurde die Unterstützung, die Lindau durch Ludwig Siebert erfuhr, spärlicher. Das hatte mehrere Gründe: Einerseits entfiel mit dem Weggang Friedrich Sieberts von Lindau nach Bad Kissingen 1939, wo er kurzzeitig kommissarischer Landrat war, die direkte Verbindung zwischen Vater und Sohn. Andererseits schränkten der im selben Jahr beginnende Weltkrieg wie auch die vorangegangenen Vorbereitungen die Möglichkeiten der Förderung der Stadt Lindau ein. Drittens hatte Ludwig Sieberts Einfluss besonders im letzten Drittel seiner Ministerpräsidentschaft insgesamt immer mehr abgenommen.⁸²

Im Falle des 1941 in Betracht gezogenen Vorhabens einer militäreigenen Heimschule für Lindau wünschte Ludwig Siebert zwar, auf dem Laufenden gehalten zu werden;⁸³ Lindau wurde vom Bayerischen Kultusministerium allerdings lediglich mit anderen Bewerbern auf eine lange Liste gesetzt, an deren Spitze der Standort Ettal stand.⁸⁴

Der Kontakt zwischen der Stadt Lindau und Ludwig sowie Friedrich Siebert bestand jedoch fort: Bürgermeister Haas wandte sich wiederholt an seine Amtsvorgänger, so, als er 1940 den Rat Ludwig Sieberts bezüglich des weiteren Schicksals der Lindauer Werften einholen wollte⁸⁵ oder er den im Bayerischen Finanzministerium tätigen Friedrich Siebert um Unterstützung bei der Ansiedlung eines Zweigwerkes der Firma Julius Pintsch KH für elektrotechnische und feinmechanische Erzeugnisse in Lindau bat. ⁸⁶ Erhoffter Rat und Unterstützung blieben allerdings aus.

POSTHUMES GEDENKEN

Die Verehrung, die die Stadt Lindau Ludwig Siebert entgegengebrachte, blieb dennochbestehenundkambesondersim Umgang mitseiner Grabstätte zum Ausdruck. Anfang
1942 erkor der zu diesem Zeitpunkt gesundheitlich bereits angeschlagene Ludwig Siebert
seine Lieblingsstadt Lindau vor Rothenburg, München sowie der Pfalz zum Ort seiner letzten Ruhestätte. Fr Seiner Bitte, eine geeignete Grabstätte zur Verfügung zu stellen, die das
neue Familiengrab der Sieberts werden sollte, kam Bürgermeister Haas nach, indem dem
Ehrenbürger auf dem Aeschacher Friedhof ein Platz an hervorgehobener Stelle am Westrand des Friedhofs, auf der Achse und gegenüber dem Haupteingang zugewiesen wurde.

Im Alter von 68 Jahren verstarb Ludwig Siebert am 1. November 1942 in Prien am Chiemsee. Im Anschluss an einen Staatsakt in München sowie in Lindau wurde seine Urne auf

dem Aeschacher Friedhof in einem zunächst provisorischen Grab beigesetzt, das noch weiter im Stil von Gräbern Lindauer Bürgerfamilien ausgeschmückt werden sollte. ⁹⁰ Die Platzierung einer Bronzebüste des Verstorbenen und die umliegende Begrünung ausgenommen, konnten diese Pläne aber nicht realisiert werden. ⁹¹

Kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Büste an Sieberts Grab heruntergeschlagen. ⁹² Die Friedhofsverwaltung bezichtigte Angehörige der französischen Besatzungsmacht der Täterschaft, das zuständige Referat 3 im Rathaus hatte aufgrund der gezielten Attacke Einheimische in Verdacht, die über die Person Sieberts, der in Lindau der prominenteste Vertreter des NS-Regimes war, eher im Bilde waren. Kurz nach Kriegsende erfolgte ferner die Umbenennung der nach Ludwig Siebert benannten heutigen Oscar-Groll Anlage. Am 31. Juli 1946 wurde Ludwig Siebert die ihm am 1. Mai 1933 verliehene Ehrenbürgerwürde aberkannt. ⁹³ Im gleichen Jahr wurde, auf Bitten der Familie Siebert, die Urne von Ludwig Siebert ihr zugeschickt; die Auflösung der gesamten Grabanlage erfolgte im Laufe der Zeit. ⁹⁴

Nachdem Ludwig Siebert zu Zeiten der französischen Besatzung keine weitere Behandlung erfuhr, wurde er zehn Jahre nach Kriegsende wieder Diskussionsgegenstand in Lindau. Anlass war die 1955 gestellte Bitte seiner Familie, ihr die 1945 heruntergerissene Grabbüste auszuhändigen, was Oberbürgermeister Walther Frisch dazu animierte, die posthume Aberkennung der Ehrenbürgerwürde Ludwig Sieberts mit scharfen Wor-

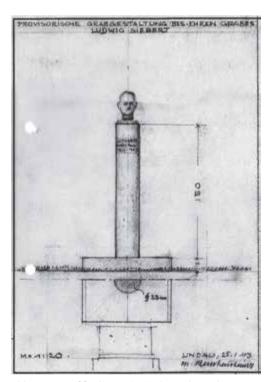


Abb. 4: Entwurf für die provisorische Grabgestaltung des Ehrengrabes Ludwig Siebert (Stadtarchiv Lindau, B V/o1/314)

ten zu kritisieren.95

Auch in der folgenden Zeit zeigte man sich in Lindau über die Behandlung Ludwig Sieberts kurz nach Kriegsende betroffen. 1960 wurde im Stadtrat diskutiert, inwieweit sich die Stadt Lindau wegen der 1945 erfolgten Beschädigung von Ludwig Sieberts Grab bei dessen Familie entschuldigen solle.96 Unter Betonung seiner Verdienste als Oberbürgermeister fasste der Stadtrat einstimmig den Beschluss, sich von diesem Tatbestand zu distanzieren und ließ Ludwig Siebert somit eine gewisse Würdigung zukommen.97 Geflissentlich ignoriert wurde dabei Ludwig Sieberts Karriere im NS-Staat seit 1933, stattdessen führte der bereits 1939-1945 und seit 1956 wieder amtierende Oberbürgermeister Joseph Haas lediglich eine vergleichsweise belanglose Bagatelle – die Aufnahme von Auslandsschulden während der Weimarer Republik – zu Ungunsten Sieberts an. Zwar kam in der Stadtratssitzung vom 24. Mai 1960 deutlich zum Ausdruck, dass Ludwig Siebert immer noch große Wertschätzung in Lindau genoss, mit der Distanzierung von der Beschädigung seines Grabes beließ man es aber. Zu einer Ehrung, wie sie fünf Jahre zuvor in Rothenburg durch die Wiederbenennung einer Straße geschah⁹⁸, worauf auch Haas verwies, kam es in Lindau Anfang der 1960er Jahre nicht: Zu weit war die Zeit fortgeschritten, auch waren mit Bürgermeister Röhl durchaus Stimmen im Stadtrat vertreten, die sich gegen Ehrungen Sieberts ausgesprochen hatten.⁹⁹

Das Verhältnis der Stadt Lindau zu Ludwig Siebert in der Nachkriegszeit ist somit als zwiespältig zu bewerten: Genoss er ob seiner Leistungen als Stadtoberhaupt von 1919 bis 1933 auch weiterhin einen guten Ruf in Lindau, so nahm man doch Abstand, dies zu sehr nach außen zum Ausdruck zu bringen. Sieberts Werdegang in der NS-Zeit wurde ausgeklammert. Noch in den 1980er Jahren wurde Ludwig Siebert, unter knappem Verweis auf seine Rolle als Bayerischer NS-Ministerpräsident, in der Lindauer Zeitung in einer Reihe über Lindauer Ehrenbürger aufgenommen. 100

Anschrift des Verfassers:

Dr. Daniel Rittenauer, M.A.; Arnrieder Str. 1; D-81477 München; daniel.rittenauer@gmx.de

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. hierzu etwa allgemein BAJOHR, Frank: Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt am Main 2004, bes. S. 49–74 oder ANGER-MUND, Ralph: Korruption im Nationalsozialismus. Eine Skizze, in: Jansen, Christian/Niethammer, Lutz/Weisbrod, Bernd (Hg.): Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995, Berlin 1995, S. 371–385, hier kurz zu verschiedenen Arten von Korruption, S. 373.
- 2 LÖHR, Hanns Christian: Der eiserne Sammler. Die Kollektion Hermann Göring. Kunst und Korruption im »Dritten Reich«, Berlin 2009.
- 3 ROHRER, Christian: War Gauleiter Koch korrupt? in: Karsten, Arne (Hg.): Nützliche Netzwerke und korrupte Seilschaften, Göttingen 2006, S. 46–70.
- 4 VON BERG, Thomas: Korruption und Bereicherung. Politische Biografie des Münchner NSDAP-Fraktionsvorsitzenden Christian Weber (1883–1945) (Forum Deutsche Geschichte 1), München 2003.
- 5 Siehe BayHStA, StK 7589, Anonymes Schreiben an Friedrich Siebert, 27.1.1934, in dem umfassende Kritik an Missständen und Bereicherungen im NS-Staat an die Adresse des Ministerpräsidenten geleitet wurde, da dieser, noch weiß, was Sauberkeit ist, wie er im Falle Luber gezeigt hat. Zum erwähnten Korruptionsskandal um die Annahme eines Erbhofs durch den Staatssekretär der Abteilung Landwirtschaft im Bayerischen Wirtschaftsministerium Georg Luber Ende 1933 siehe künftig die vom Verfasser bearbeitete Edition der Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1933-1938. 6 BayHStA, StK 5521, Aktennotiz Sieberts, 22.6.1941. 7 Dies geht hervor aus den im Bayerischen Hauptstaatsarchiv und den im Stadtarchiv Lindau überlieferten Quellen, auf denen die nachfolgenden Ausführungen im Wesentlichen beruhen: Besonders in den Beständen der Ludwig Siebert unterstehenden Ministerien (Finanzministerium, Staatskanzlei, Wirtschaftsministerium) stößt man immer wieder auf Sachverhalte mit direktem Bezug zu Lindau, in die

sich Siebert nicht selten persönlich einschaltete bzw. über die er sich zumindest unterrichten ließ.

- 8 KEYSER, Erich/ STOOB, Heinz (Hg.): Bayerisches Städtebuch. Handbuch städtischer Geschichte, Bd. 2 (Deutsches Städtebuch 5,2) Stuttgart u. a., 1974, S. 340–350.
- 9 Lindauer Tagblatt Nr. 262 vom 15.11.1919, S. 1 f.: Feierliche Amtseinführung des 1. Bürgermeisters Herrn Ludwig Siebert.
- 10 RITTENAUER, Daniel: Eine selbstverständliche Ehrenpflicht? Wie es zur Benennung der Ludwig-Siebert-Straße in Rothenburg ob der Tauber kam, in: Linde 96 (2014), S. 95 und Linde 97 (2015), S. 2–8 und S. 10–13.
- 11 In Lindau wurde am 15.6.1919 ein mehrheitlich bürgerlicher Stadtrat (Deutsche Demokratische Partei 9, Sozialdemokratische Partei Deutschlands 6, Bayerische Volkspartei 5) gewählt; die so gegebenen politischen Konstellationen im Stadtrat blieben im Großen und Ganzen die Weimarer Republik über bestehen und so erhielten etwa bei den Stadtratswahlen 1929 Sitze: Gemeinschaftsliste Lindauer Bürger 11, Sozialdemokratische Partei Deutschlands 7, Bayerische Volkspartei 6, ВАСНМАNN, Karl: Chronologische Geschichte Lindaus von den Anfängen bis zur Gegenwart (Neujahrsblatt des Museumsvereins Lindau 45) Lindau 2005, S. 67, 69.
- 12 StadtA Lindau, Sitzungsprotokolle, Niederschrift über die fünfzehnte Sitzung des Stadtrats Lindau am 11.7.1929.

Dieser Umstand relativiert freilich erheblich Sieberts Darstellung in einem späteren Schreiben an den Gauleiter von München-Oberbayern Adolf Wagner vom 12.11.1936, BayHStA, StK 9064 III, wo er hervorhebt, dass er nach seinem offiziellen Eintritt in die NSDAP einziger Nationalsozialist im Stadtrat gewesen sei und gegen ihn 13 Sozialdemokraten, Kommunisten sowie Mitglieder der Bayerischen Volkspartei gestanden hätten.

- 13 Übersichtsquellen zu Lindau während der Weimarer Republik stellen ab Mitte 1922 die im Stadtarchiv Lindau überlieferten Berichte Sieberts an die Regierung von Schwaben und Neuburg dar, die ebenfalls im Stadtarchiv befindliche Chronik von Lindau 1890–1944 sowie das deutschnational ausgerichtete Lindauer Tagblatt.
- 14 Vgl. Sieberts eigenen Rückblick auf das Jahr 1923 in Lindauer Tagblatt Nr. 6 vom 8.1.1924, S. 3 f: Das städtische Verwaltungsjahr 1923. Auch die Regierung in Augsburg wertete Siebert als einen sehr tüchtigen,

gewandten, fleissigen Bürgermeister, BayHStA, MInn 80462, Auszug aus dem Tagebuch des Regierungspräsidenten von Schwaben vom 19.5.1924. In einem Vortrag über die kommunale Entwicklung Lindaus seit Kriegsende, den Siebert 1929 vor dem in Lindau tagenden Bayerischen Städtebund hielt, zog er insgesamt eine positive Bilanz seiner Tätigkeit, wobei er die erfolgreichen Eingemeindungen von 1922 besonders hervorhob, Lindauer Tagblatt Nr. 130 vom 8.6.1929, S. 3: Lindau grüßt seine Gäste ... Der Auftakt zur Tagung des Bayerischen Städtebundes -Ein geselliger Familienabend im Theatersaal. In der zweiten Hälfte der 20er Jahre erfuhr die Wirtschaftslage in Lindau vor allem durch den zunehmenden Fremdenverkehr wie auch durch diverse Bauprojekte einen Aufschwung, der bis 1930 anhielt, siehe etwa StadtA Lindau, B II, 93/14, die Berichte Sieberts an die Regierung von Schwaben und Neuburg vom 15.3.1927, 14.5.1927, 16.7.1928, 14.8.1928, 15.6.1929; Ende 1930 brach Siebert zufolge die Wirtschaftskrise in Lindau schließlich voll ein, StadtA Lindau, B II, 93/14, Siebert an Regierung von Schwaben und Neuburg, 29.11.1930.

- 15 Vgl. Dobras, Werner: Chronologie des Landkreises Lindau, Bergatreute 1985, S. 187–197; Mau-RER, Manfred: Die Ehrenbürger der Stadt Lindau, Lindau 1985 [ohne Seitenangabe].
- 16 STOPPEL, Manfred: Die Entwicklung der frühen NSDAP (1922–1933) in Lindau am Bodensee. Parallelen und Berührungspunkte mit Vorarlberg, in: Jahrbuch des Landkreises Lindau 17 (2002), S. 106–122. Siehe zur lang anhaltenden Zerstrittenheit der Lindauer Ortsgruppe ergänzend BA Berlin, NS 51, 188, Konrad Näpflein an Geschäftsleitung der NSDAP, 19.10.1926, NS 51, 192, Fritz Strauß an Adolf Hitler, 19.11.1926, NS 51, 208, Fritz Reinhardt an NSDAP München, 19.6.1928.
- 17 SCHWEIZER, Karl: Lindauer Gedenkweg. Verfolgung und Widerstand 1933–1945, Lindau 2010.
 18 StadtA Lindau, B II, 93/14, Siebert an das Präsidium der Regierung von Schwaben und Neuburg, 30.7.1924.
- 19 StadtA Lindau, B II, 93/14, Siebert an das Präsidium der Regierung von Schwaben und Neuburg, 14.5.1927.
- 20 Siebert behauptete dies bei seiner ersten Parteiveranstaltung am 17.1.1931, Lindauer Tagblatt Nr. 13 vom 17.1.1931, S. 3: Oberbürgermeister Siebert in der Politik. Erste Versammlungsrede bei den Nationalsozialisten in Augsburg. Großer Erfolg

vor vollbesetztem Saale, und gab an, dass er nur aus äußeren Gründen sich nicht zum Nationalsozialismus bekannt habe. Auch in einem Schreiben an Adolf Wagner vom 12.11.1936, BayHStA, StK 9064 III, schildert er, dass ihn der spätere Reichsinnenminister und Reichstagsfraktionsvorsitzende Wilhelm Frick am 24.4.1924 ersucht habe, für den Reichstag zu kandidieren, nachdem die Ortsgruppe Lindau ihn ohne sein Wissen dafür bei Frick vorgeschlagen habe. Zwar wirkt die mit detaillierten Angaben versehene Geschichte von Fricks Antrag, für den Reichstag zu kandidieren – was leicht nachzuprüfen gewesen wäre –, nicht gänzlich unwahrscheinlich, ledoch erscheint es wenig glaubhaft, dass der pedantische Bürokrat Siebert zu dieser Zeit ernsthaft in Erwägung gezogen haben soll, seinen unpolitischen Kurs zugunsten einer politischen Bewegung aufzugeben, die ein halbes Jahr zuvor einen Umsturzversuch machte, den er stets strikt ablehnte.

- 21 StadtA Lindau, B II, 93/14, Siebert an das Präsidium der Regierung von Schwaben und Neuburg, 30.12.1930.
- 22 StadtA Lindau, B II, 93/14, Siebert an das Präsidium der Regierung von Schwaben und Neuburg, 15,9,1930.
- 23 So ließ er etwa einen nicht angemeldeten Zug nach einer Wahlveranstaltung der SPD am 13.7.1932 polizeilich auflösen, StadtA Lindau, B II, 93/14, Siebert an das Präsidium der Regierung von Schwaben und Neuburg, 16.7.1932, ähnlich einen Erwerbslosenzug unter Leitung von KPD/ SPD am 22.12.1932, ebenda, Siebert an das Präsidium der Regierung von Schwaben und Neuburg, 30.12.1932; verstärkt malte Siebert auch die Gefahr einer angeblich in großem Ausmaß zunehmenden KPD aus, nicht ohne zugleich auf eine zunehmende Verwischung der Trennlinien von KPD und SPD hinzuweisen, StadtA Lindau, B II, 93/14, Siebert an das Präsidium der Regierung von Schwaben und Neuburg, 16.9.1932, ebenfalls, ebenda, Siebert an das Präsidium der Regierung von Schwaben und Neuburg, 30.12.1932.
- 24 StadtA Lindau, B II, 93/14, Siebert an das Präsidium der Regierung von Schwaben und Neuburg, 30.11.1932; vgl. dazu Sieberts Ausführungen in Verhandlungen des Bayerischen Landtages 1932/33, Bd. 1, S. 401 f. (15.12.1932).
- 25 Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 60 (1928), S. 528 f.
- 26 Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 64 (1932), S. 392.

- 27 Ebd., S. 364.
- **28** STEINAT, Jens Alexander: Ernst Speer (1889–1964): Leben – Werk – Wirkung, 2004 (Online unter: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:21-opus-15585).
- **29** BA Berlin, R 4606–3362, Ernst Speer an Albert Speer, 24.9.1937.
- 30 BA Berlin, R 4606–3362, Friedrich Gablonsky (Bayerisches Innenministerium) an Albert Speer, 4.12.1937; Albert Speer an Ernst Speer, 8.12.1937. Eine Intervention Ludwig Sieberts ist in dieser Angelegenheit nicht bekannt; Informationen über dieses Vorhaben ließen sich weder im Stadtarchiv Lindau noch in anderen bayerischen Archiven ausfindig machen.
- **31** JOCHMANN, Werner (Hg.): Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, Hamburg 1980, S. 365–372.
- 32 Siehe StadtA Lindau, BII/160/8.
- **33** BayHStA, StK 5484, Reichspostministerium Abteilung München an Siebert, 29.9.1933.
- 34 Vgl. für die Jahre 1936 und 1938 HAGMANN: Bayerns Finanzen und Steuerkraft 1913 bis 1938. Finanzen und Steueraufkommen der bayerischen Gebietskörperschaften 1913 bis 1938 mit besonderer Berücksichtigung der staatlichen und gemeindlichen Steuerkraft (Beiträge zur Statistik Bayerns 135), München 1942, Abbildung bei S. 32, 45, 49, 54, 60, 81.
- 35 BayHStA, StK 6950, Aktennotiz Ludwig Sieberts vom 7.4.1934 an Adolf Wagner, Hermann Esser, Friedrich Siebert.
- **36** BayHStA, StK 6762, Ludwig Siebert an Ministerialrat Gruber (Bayerisches Wirtschaftsministerium, Abteilung Arbeit und Fürsorge), 8.1.1935.
- 37 Ausführliches Biogramm zu Friedrich Siebert in der 2016 erscheinenden Dissertation des Verfassers über das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten in der NS-Zeit; vgl. auch LILLA, Joachim: Siebert, Friedrich (Fritz), in: ders.: Staatsminister, leitende Verwaltungsbeamte und (NS-)Funktionsträger in Bayern 1918 bis 1945, URL: http://verwaltungshand-buch.bayerische-landesbibliothek-online.de/siebert-friedrich (11. September 2012).
- **38** BayHStA, MInn 96353, Friedrich Siebert an Dehler (Bayerisches Innenministerium, Personalreferat), 13.4.1939.
- 39 MUSIAL, Bogdan, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944 (Deutsches Historisches Institut Warschau 10) Wiesbaden 1999, S. 222–223; 228–229; ALY, Götz u. a. (Hg.):

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 9: Polen: Generalgouvernement August 1941–1945, München 2014, Dok. 80, Führende deutsche Besatzungsfunktionäre besprechen am 18.6.1942 die Deportation der Juden des Generalgouvernements in die Vernichtungslager, FN 19.

40 Siehe hierzu die Überlieferungen in StadtA Lindau, BII/149/28 sowie Airbus Group Immenstaad, Erwerb Lindau-Rickenbach 1933. Vgl. zur engen Kooperation zwischen Friedrich und Ludwig Siebert ferner Aktennotiz Friedrich Sieberts, 11.8.1933 sowie

41 Airbus Group Immenstaad, Erwerb Lindau-Rickenbach 1933, Ludwig Siebert an Dornier, 4.10.1933.

Friedrich Siebert an Dornier, 18.8.1033.

- 42 StadtA Lindau, BII/149/28, Friedrich Siebert an Dornier, 8.8.1933, wonach Ludwig Siebert damit schon vor Jahren an Dornier herangetreten sei, der für die Idee zwar aufgeschlossen war, diese aber wegen der bald darauf einsetzenden Wirtschaftskrise nicht weiter verfolgen konnte.
- **43** Vgl. auch die Behandlung der Angelegenheit im Bayerischen Ministerrat bei BayHStA, StK 9525, Ministerratssitzung vom 19.9.1933, TOP III.
- 44 Gesetz über das außerordentliche Wohnungsbauprogramm 1934 vom 6.11.1934 (Gesetz- u. Verordnungsblatt für den Freistaat Bayern, 28.11.1934). Vgl. zum Siebert-Programm HAERENDEL, Ulrike: Kommunale Wohnungspolitik im Dritten Reich. Siedlungsideologie, Kleinhausbau und »Wohnungsraumarisierung« am Beispiel Münchens (Studien zur Zeitgeschichte 57), München 1999, S. 151–161.
- **45** StadtA Lindau, B II/95/43, Friedrich Siebert an Ludwig Siebert, 5.1.1935.
- **46** BayHStA, StK 6762, Aktennotiz Ludwig Sieberts, 8.1.1935; StadtLindau, B II/95/43, Friedrich Siebert an Ludwig Siebert, 5.1.1935; Friedrich Siebert an Ludwig Siebert, 19.1.1935; Friedrich Siebert an Ludwig Siebert, 26.1.1936.

In den Fällen anderer bayerischer Städte folgten die entsprechenden Anträge erst ab Februar, vgl. BayH-StA, StK 6762, 6763.

47 BayHStA, StK 6762, Aktennotizen Ludwig Sieberts, 22.1.1935 und 30.1.1935.
Bewilligung des gewünschten (zusätzlichen) Dar-

lehens bei StadtA Lindau, B II/95/43, Bayerisches Wirtschaftsministerium, Abteilung für Arbeit und Fürsorge an Lindauer Stadtrat, 12.2.1935.

- 48 BayHStA, StK 6762, Ludwig Siebert an Ministerialrat Gruber (Bayerisches Wirtschaftsministerium, Abteilung Arbeit und Fürsorge), 8.1.1935. Siehe auch ausführliche Behandlung bei StadtA Lindau, B II/95/43.
- 49 Siehe StadtA Lindau, BII/83/13.
- 50 Vgl. vor allem Ludwig Sieberts Glückwunschschreiben bei StadtA Lindau, BII/83/16, Ludwig Siebert an Friedrich Siebert, 20.6.1934; bei Eröffnung des neuen Stadions am 17. Juni 1934 hatte Ludwig Siebert persönlich teilgenommen, siehe StadtA Lindau, BII/83/16.
- 51 StadtA Lindau, BII/83/13, Aktennotiz Sieberts vom 25.11.1931 über Besprechung mit Ministerialrat Jan im Kultusministerium.
- **52** BayHStA, StK 5483, Ludwig Siebert an Friedrich Siebert, 28.8.1933.
- 53 BayHStA, StK 5496, Aktennotiz Ludwig Sieberts, 17.10.1934; Friedrich Siebert an Ludwig Siebert, 24.10.1934.
- **54** BayHStA, StK 5498, Ludwig Siebert an Ibscher, 22.1.1935.
- 55 Siehe hierzu StadtA Lindau, B II/155/38.
- 56 BayHStA, StK 5498, Aktennotiz Ludwig Sieberts, 25.10.1934; Ludwig Siebert an Netschert, 3.11.1934; Ludwig Siebert an Ibscher, 22.1.1935.
- **57** BayHStA, MF 69556, Ludwig Siebert an Direktor der Volksfürsorge-Lebensversicherungs-Gesellschaft, 26.10.1935.
- **58** BayHStA, MF 69556, Volksfürsorge-Lebensversicherungs-Gesellschaft an Blum (Bayerisches Finanzministerium), 23.1.1936.
- 59 LINDNER, Karl: Wegbereiter der Allgäuer Milchwirtschaft, in: Ders. (Bearb.): Geschichte der Allgäuer Milchwirtschaft. 100 Jahre Allgäuer Milch im Dienste der Ernährung, Kempten 1955, S. 127–163, hier S. 154–156.
- 60 BayHStA, StK 5488, Siebert an den Stellvertreter des Reichskommissars, Reichardt, 27.10.1933; BayHStA, StK 5502, Siebert an Küper, 30.6.1934 sowie nach abschlägigem Bescheid vom 30.9.1934 abermals Siebert an Küper, 22.11.1934.
- 61 Vgl. BayHStA, StK 5488, Aktennotiz Sieberts, 26.10.1933; Reichskommissar für die Milchwirtschaft (Leiter der Abt. V) an Siebert, 29.11.1933; Siebert an Fehr, 6.12.1933.
- **62** BayHStA, StK 5502, Bose (Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft) an Bayerisches Wirtschaftsministerium, 18.9.1935; Martin Thormann an Siebert, 19.10.1935.

63 Ludwig Siebert verhielt sich bei Petitionen an ihn persönlich, besonders wenn sie Angelegenheiten der NSDAP tangierten, ansonsten reserviert. Im Falle Lindau versuchte Siebert hingegen dem Altparteigenossen Heinrich Schönbohm, dessen Eintreten für den Nationalsozialismus angeblich zum Niedergang seiner Buchhandlung in Lindau geführt hatte, eine Stelle in der Parteiorganisation zu vermitteln, BayHStA, StK 5498, Siebert an Heß, 6.2.1935. Ein gutes Wort legte er auch für den in Schutzhaft geratenen Ortsgruppenleiter der NSDAP in Lindau, Konrad Näpflein, ein, BayHStA, StK 5520, Siebert an Gauleiter Wahl, 19.1.1939; Aktennotiz Sieberts, 6.2.1939. Auf Bitten des Kreisleiters und 2. Bürgermeisters von Lindau, Erwin Wagner, setzte sich Ludwig Siebert bei Gauleiter Wahl für die Eingliederung von Gebieten in den NS-Kreis Lindau ein, BayHStA, StK 5508, Siebert an Erwin Wagner, 27.7.1936. 64 BayHStA, MF 70661, Ludwig Siebert an Friedrich Siebert, 5.11.1934. Ludwig Siebert gab dabei offen zu, dass der Stadt Lindau bereits mancherlei Zuwendungen zugeflossen seien, war aber trotzdem bereit, für das besagte Vorhaben einen bemessenen Betrag zur

65 BayHStA, StK 6728, Ludwig Siebert an Friedrich Siebert, 18.8.1938.

Verfügung zu stellen.

66 Werk von/ oder aus der Werkstatt von Hans Multscher aus dem 15. Jh., RICKLINGER, Walther (Bearb.): Kostbarkeiten aus dem Stadtmuseum zu Lindau (Bildhefte des Stadtmuseums zu Lindau 1), Lindau 1951.

67 Siehe Vorgang in BayHStA, StK 5524, besonders Stengel an Ludwig Siebert, 6.1.1939; II. Lindauer Bürgermeister an Ludwig Siebert, 7.7.1939; Aktennotiz Ludwig Sieberts, 9.7.1939. Insgesamt kostete die Madonna 10000 RM, den ausstehenden Betrag holte die Stadt Lindau über andere Spenden ein.

68 BayHStA, StK 5495, Himmler an Ludwig Siebert, 3.9.1934; Aktennotiz Ludwig Sieberts, 14.9.1934. 69 BayHStA, StK 5519, Ludwig Siebert an General Wilhelm Adam, 28.8.1936; Aktennotiz Ludwig Sieberts vom 16.9.1936 über eine Unterredung mit General Adam beim Reichsparteitag in Nürnberg; Generalleutnant Wilhelm Keitel an Ludwig Siebert, 13.10.1938.

70 BayHStA, StK 5519, Friedrich Siebert an Ludwig Siebert, 25.10.1938; Aktennotiz Ludwig Sieberts vom 6.2.1939 über Unterhaltung mit Generalmajor Zenetti (Kommandeur des 5. Luftkreises).

71 Vgl. zur großen Bedeutung des Fremdenverkehrs im kommunalen Bereich der 1920er Jahre, KEITZ, Christine: Reisen als Leitbild. Die Entstehung des modernen Massentourismus in Deutschland, München 1997, S. 69–78.

72 BayHStA, StK 6950, Aktennotiz Ludwig Sieberts vom 7.4.1934 an Adolf Wagner, Hermann Esser, Friedrich Siebert; BayHStA, StK 6947, Adolf Wagner an Siebert, 20.4.1934, Siebert an Todt, 27.4.1934, Todt an Siebert, 30.4.1934.

73 ZIEGLER, Walter (Bearb.): Das Kabinett Held IV, Mai 1932 – März 1933 (Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1919–1945 6,4) München 2010, Ministerratssitzung vom 9.1.1933 Nr. 25 TOP II.
74 BayHStA, StK 6957, Aktennotiz Sieberts vom 28.6.1933 über eine Besprechung mit Dorpmüller.
75 BayHStA, StK 6957, Aktennotiz Sieberts vom 16.9.1933 über eine Besprechung mit dem stellvertretenden Generaldirektor Kleinmann; vgl. ebenso Bayerisches Wirtschaftsministerium an den Präsidenten der Reichsbahndirektion München Gollwitzer, 27.3.1934.

76 BayHStA, Landtag 14613, Auszug aus der Niederschrift der 19. Sitzung des Ausschusses für den Staatshaushalt vom 19.1.1933; seit Herbst 1932 hatte sich Ludwig Siebert mit diesem Projekt befasst, vgl. StadtA Lindau, BII/120/78.

Siehe zur Geschichte der Queralpenstraße NERDIN-GER, Winfried (Hg.): Bauen im Nationalsozialismus. Bayern 1933–1945. Ausstellung des Architekturmuseums der Technischen Universität München und des Münchner Stadtmuseums (Ausstellungskataloge des Architekturmuseums der Technischen Universität München und des Münchner Stadtmuseums 9), München 1993, S. 81–82.

77 Vgl. BayHStA, StK 9525, Ministerratssitzung vom 19.9.1933, TOP IV.

78 Bayern im ersten Vierjahresplan. Denkschrift der bayerischen Landesregierung zum 9. März 1937, München 1937, S. 281–288.

79 BayHStA, StK 6950, Ludwig Siebert an Todt, 3.4.1939; Todt an Ludwig Siebert, 27.4.1939. 80 Vgl. BayHStA, StK 5519, Ludwig Siebert an Reichspostminister Ohnesorge, 20.1.1938; Ludwig Siebert an Reichsbahnpräsident Hellmann (Augsburg), 18.8.1938; vgl. Hellmann an Siebert, 23.8.1938.

Vgl. auch BayHStA, MF 70661, Ludwig Siebert an Reichspostminister Ohnesorge, 11.11.1940.

81 BayHStA, MF 70661, Aktennotiz Ludwig Sieberts, undatiert, ca. Anfang 1940, über Besprechung mit dem Bürgermeister von Lindau und Kritik an Gauleiter von Tirol-Vorarlberg Hofer, der am liebsten alle Neueinrichtungen, die Lindau gebühren, nach Vorarlberg bringen [möchte], gleichgültig ob eine sachliche Berechtigung vorhanden ist oder nicht; Ludwig Siebert an Reichspostminister Ohnesorge, 11.11.1940; BayHStA, MF 70661, Ohnesorge an Ludwig Siebert, 29.11.1940. 82 Keineswegs hatte sich Ludwig Siebert aber vom NS-Regime distanziert oder war in Ungnade gefallen, wie in der Nachkriegszeit immer wieder zugunsten Sieberts angeführt wurde, vgl. StadtA Lindau. B V/ 01/314, Niederschrift über die 3. Sitzung des Haupt- und Personal-Ausschusses vom 16.5.1960; RITTENAUER (wie Anm. 10). Bis zuletzt hielt Ludwig Siebert dem Regime und dessen Diktator die Treue, stets darum bemüht, seinerseits einen Beitrag leisten zu können.

83 BayHStA, StK 5526, Leiter der Ludwig-Siebert Oberschule in Lindau an Ludwig Siebert, 19.2.1941; Bezold an Bayerisches Kultusministerium, 1.3.1941. 84 BayHStA, StK 5526, Bayerisches Kultusministerium an Siebert, 13.3.1941.

85 BayHStA, StK 5524, Haas an Ludwig Siebert, 12.7.1940; Schreiben im Auftrag Sieberts an Bürgermeister Haas, 31.7.1940.

86 BayHStA, MHIG 4565, Haas an Friedrich Siebert, 17.6.1941; Friedrich Siebert an Bayerisches Wirtschaftsministerium (Abteilung für Handel, Industrie und Gewerbe), 19.6.1941.

87 Siehe StadtA Lindau, B V/ 01/314, Siebert an den Lindauer Bürgermeister Haas, 19.1.1942.

88 StadtA Lindau, B V/ 01/314, Haas an Ludwig Siebert, 27.1.1942 sowie Haas an Ludwig Siebert, 3.2.1942.

Am 21.3.1942 kam Ludwig Siebert nach Lindau, um den Platz für seine künftige Grabstätte zu besichtigen, StadtA Lindau, B V/ 01/314, undatierte Aktennotiz Haas'.

89 Vgl. SCHWEIZER, Karl: Er war Bayerns erster NS-Bürgermeister. Vor 70 Jahren starb Lindaus Alt-Oberbürgermeister Ludwig Siebert, in: Lindauer Zeitung vom 31.10.2012, S. 22.

90 BayHStA, StK 5542, Stadtbaurat Kerschensteiner an Bayerische Staatskanzlei, 24.2.1943. Siehe hierzu insgesamt StadtLindau, BV/01/314.

91 Siehe StadtA Lindau, B V/ 01/314.

92 StadtA Lindau, B V/ 01/314, Aktennotiz Referat III an Bürgermeister Franz Eberth, 30.5.1945.

93 StadtA Lindau, B V/ 01/314, Niederschrift über die 3. Sitzung des Haupt- und Personal-Ausschusses vom 16.5.1960.

94 Hierzu finden sich keine zeitgenössischen Aussagen in StadtA Lindau, B V/ 01/314, sondern erst 15 Jahre später, so Fritz May an Oberbürgermeister Haas, 16.5.1960; Niederschrift über die 3. Sitzung des Haupt- und Personal-Ausschusses vom 16.5.1960.

Der Lindauer Stadtrat stellte bei Niederschrift über die 7. Sitzung des Stadtrates vom 24.5.1960 fest, dass die Auflassung des Grabes nicht seitens der Stadt Lindau erfolgte. Heute befindet sich an dieser Stelle eine Sammelgrabstätte für im Zweiten Weltkrieg vertriebene ›Deutsche'.

Die sterblichen Überreste Ludwig Sieberts wurden 1946 zunächst auf dem Münchener Waldfriedhof beigesetzt, ehe sie in den 1960er Jahren auf den Priener Friedhof umgebettet wurden. Dort verlieren sich die Spuren. Möglicherweise befindet sich Ludwig Sieberts Asche im selben Grab, in dem sein Sohn Friedrich 1966 beigesetzt wurde (Freundliche Auskünfte der Verwaltungen der Stadt München und des Marktes Prien am Chiemsee).

95 StadtA Lindau, B V/ 01/314, Niederschrift über die 7. Sitzung des Haupt- und Personal-Ausschusses vom 20.6.1955; die einst von der Stadt Lindau erworbene Büste wurde der Familie Siebert zugeschickt, StadtA Lindau, B V/ 01/314, Oberbürgermeister Frisch an Wilhelmine Siebert, 30.6.1955.

96 StadtA Lindau, B V/ 01/314, Niederschrift über die 7. Sitzung des Stadtrates vom 24.5.1960. Angestoßen hatte diese Diskussion über einen Freund der zwei Jahre zuvor aus polnischer Gefangenschaft nach Bayern zurückgekehrte Friedrich

Siebert, siehe StadtA Lindau, B V/ 01/314, Fritz May an Oberbürgermeister Haas, 16.5.1960.

97 StadtA Lindau, B V/ 01/314, Oberbürgermeister Haas an Wilhelmine Siebert, 10.6.1960.

98 Siehe RITTENAUER (wie Anm. 10).

99 StadtA Lindau, B V/ 01/314, Niederschrift über die 3. Sitzung des Haupt- und Personal-Ausschusses vom 16.5.1960.

100 MAURER (wie Anm. 15).